

ihren Offizier gelehmt, nicht vor der Übermacht des Feindes zurückzreckt und mit ihm einen aufserordentlichen Kampf ausfocht, und dem Mittelmäer Pius XII für seine Mühen und Verdienste bei der Organisation der Miliz und Verleidigung Schlesiens.

Ich dank Dir, polnischer Soldat, und Dir, der Du am Ende Deine Hütte und Deine Nächsten vertheidigt hast, und Dir, der Du zu Hilfe eilst, sei es aus Krakau oder aus Kujawien, Masowien oder Podlasien dafür, daß Du mit Deiner Brust dem Feinde den Weg verlegst, der hinterlistig in das Land eingedrungen war. Dein Blut, das Du so reichlich vergossen hast, wird das feste Aerd sein, welches unzerstörbar Teschener Schlesien mit Polen verbindet.

Ich bitte den General Gogolowski, diesen Erlass zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Der Chef des Generalstabes
Szyptycki, Divisionsgeneral.

Schlesien, die wertvollste Perle in der polnischen Krone.

Kralau, 5. Februar. (P. A. T.) Der Justizminister Lukasiewicz empfing gestern die Mitglieder der schlesischen Schulkommission. Der Minister informierte sich über die Schulverhältnisse in Schlesien und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Schlesien, die wertvollste Perle in der polnischen Krone, Polen erhalten bleiben werde.

Die Spartakusherrschaft in Bremen.

Vormarsch der Regierungstruppen.

Wie wir bereits in unserer Dienstag-Nummer teilten, haben die Spartacists in der freien Hafenstadt Bremen versucht, die Herrschaft mit Gewalt an sich zu reißen. Es scheint Ihnen auch gelungen zu sein, denn die Berliner Regierung hat sich veranlaßt geheißen, regierungstreue Truppen gegen Bremen zu entsenden, um der Herrschaft der deutschen Volksbewegten dort ein Ende zu bereiten.

Ein Vertreter der „P. P. A.“ hatte eine Unterredung mit dem Mitglied der deutschen Reichsregierung Gustav Noske über die Gründe und die nächsten Ziele der Expedition nach Bremen. Herr Noske sagte:

„Dass die Zustände in Bremen unhaltbar waren, war aller Welt klar, ausgenommen den Spartacists. Bremen gehört zu den Orten, in denen eine kleine Minderheit durch Gewalt mittelsversuch, ihre Herrschaft über die beträchtliche Mehrheit aufrechtzuhalten. Wie sehr Gewaltpolitik betrieben wurde, beweist der Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung, bei denen, ganz abgesehen von den Spartacists selbst, nur Unabhängige eine kleine Minderheit darstellen konnten.

Bremen hat eine besondere Bedeutung als unser zweitwichtigster Handelsplatz. Am 1. Februar soll das Auslaufen von Lebensmittelschiffen beginnen. Als eine endgültige Aktion gegen Bremen in Erwägung gezogen wurde, erschien es absolut ungünstig, ob das Auslaufen dieser Schiffe glatt von stattfinden gehen werde. Bei der absoluten Unsicherheit der Verhältnisse in Bremen war als feststehend anzunehmen, dass das Einlaufen beladenen Lebensmittelschiffe nach Bremen nicht unbedingt verbürgt sein würde. Selbst wenn die Meldung auftritt, dass bei den Verhandlungen zwischen den Seeleuten und den Reedern auch die geringe Minderheit von Seeleuten, die im Internationalen Seemannsbund organisiert ist, zufriedengestellt sein sollte, bestand nach den letzten Erfahrungen, die in Bremen gemacht worden sind, keine Bürigkeit dafür, dass beim Einlaufen oder Auslaufen der Schiffe Zwischenfälle oder Störungen nicht vorkommen würden. Die Aufsicht von Lebensmitteln muss aber angesichts der außerordentlichen Knappheit unbedingt sichergestellt werden. Das deutsche Volk geht der größten Not entgegen, wenn nicht binnen kürzester Frist beträchtliche Lebensmittelmengen aus Übersee zugeführt werden können.“

Um das sicherzustellen, sind Truppen von erheblicher Kampfkraft nach Bremen in Bewegung gebracht worden. Das fehlt selbstverständlich nicht aus seiner Neigung, in die innerrevolutionären Kämpfe mit Waffengewalt einzugreifen. Fügt sich die Minderheit, die jetzt in Bremen wider alles Recht sich in den Besitz der Macht zu halten sucht, so wird die Aktion in Ruhe vorstatten gehen. Von den Kriegsministerien wird gewiss kein Schuss abgefeuert werden, wenn nicht von den Bremischen Spartacists oder Unabhängigen zuerst geschossen wird. Dafür bietet schon die Tatsache Bürigkeit, dass auch die Bremische Aktion unter reinem Oberbefehl vonstatten geht. Nur für den Fall, dass die Minderheit, die in Bremen ihr Regiment aufrechtzuhalten sucht, gewaltsam Widerstand leistet, wird durchgegriffen werden, dann aber auch mit rücksichtsloser Entschlusslosigkeit.“

In Verden sind vier Mitglieder des Bremischen Rates der Volksbeauftragten eingetroffen und ersuchen den Divisionsstab des Korps Gerolstein gegen Einstellung des Vormarsches bis zur Erledigung der Verhandlungen in Berlin. Der Divisionsstab bestand auf sofortiger Entmischung der Arbeiter und erklärte, dass er in keine Verschleppung in dieser Angelegenheit einwilligen könne. Von Seiten der Volksbeauftragten wurde ihm erwidert, dass diese Maßnahmen nicht durchführbar seien. Daraufhin wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Bis zur Stunde hat es den Anschein, als ob die Bremischen Arbeiter es bis zum Neuherrsten werden kommen lassen.“

Die Situation in Bremen sieht auf den Messers Schneide und es ist im Augenblick noch gar nicht zu übersehen, wie sich die Verhältnisse in den nächsten Stunden entwickeln werden. Nach dem Bekanntwerden der Nachricht vom Vormarsch der Regierungstruppen erfolgte die Bewaffnung der pa-

lamenten Arbeiterschaft. Die Polizei und völige Dienstreihen Geistliche christlicher Konfessionen und anderer vom Staat anerkannter Religionen, sowie Volkschullehrer. Aufschub auf ein Jahr erhalten einige Familienärzte, Theologie-Studenten bis zum 27. Jahre und Schüler mittlerer Lehranstalten bis zum 22. Jahre.

Die gesamte Wehrpflichtsordnung ist unter Berücksichtigung der Besonderheiten unseres Volkslebens ausgearbeitet. Es finden die Bedürfnisse des Staates und die Interessen der Bürger Berücksichtigung, die bisher ignoriert worden waren.

verlängern auf diese Weise den Aufbau und die Betriebsförderung der Industrie, die im gegenwärtigen Augenblick durch die Mittel des Staates allein nicht wiederhergestellt werden kann. Im Aufruf heißt es weiter: Vertraut der staatlichen Hilfsaktion für die Arbeitslosen. Seid gewiss, dass die Regierung die Industriellen zur Bezahlung der Kosten auf diesem Gebiet in gehöriger Weise heranziehen wird. Nehmt an der Aktion zur Betriebsförderung der Industrie einen Anteil, gebt eure Initiative und leistet Hilfe, unterlassen alle Gewaltakte, gegen die die Regierung aus Schluß vor dem Gesetz und zum Zwecke der Erhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit im Lande mit aller Strenge vorgehen muss.

Auf der ersten Seite dieser Ausgabe ist nachstehende Bekanntmachung des Ministeriums für Heeresangelegenheiten abgedruckt:

Die polnische Regierung hat die erste Rekrutierung zum Schutz der Grenzen des Vaterlandes angeordnet. Dieser Akt wurde von einem wirklichen Bedürfnis dictiert, in der Überzeugung, dass nur eigene Kraft uns erlauben wird, unsere Pflicht dem Vaterlande, was selbst und unseren Nachkommen gegenüber erfolgreich zu erfüllen. Die in die Reihen des Heeres Versenzen müssen sich von dem Feind durchdringen lassen, dass sie zu verteidigen gehen, was das Heilste für den Menschen und den Polen ist — die Freiheit des Vaterlandes gegen den Überfall des Feindes. Die Allgemeinität muss sich einschäben und dem jungen Hörer zu Hilfe eilen, besonders, wenn die Regierung dies mit eigener Macht nicht zu tun vermögt. Nehmen zu den Waffen! Der freie Polen weiß nicht, was Fahnenflucht und Schwanden ist. „Mein vaterländisches Bedürfnis“ unter die nationalen Standarde ruf! Polnische Gesellschaft zur Hilfsarbeit! Bildet Kreispatrone zur Fürsorge für die Nestrnen! Geht alle nach Macht der Kräfte und Möglichkeit an die Arbeit zur Sicherung der Freiheit des zu neuem Leben erweckten Vaterlandes.“

Die zweite auf der ersten Seite dieser Ausgabe veröffentlichte Bekanntmachung des Oberstleutnants Kuchinka lautet: Freiwillige! Melchet auch für das Pionierbataillon in Lodz! Der Dienst der Pioniere besteht in dem Bau von Schanzen, Bunkern, Wegen, in der Sprengung von Brücken des Feindes und dgl. Es sind viele Zimmerleute, Tischler, Schmiede, Schlosser, Grubenarbeiter, Fässer nötig. Aufgrund des Mangels an Unteroffizieren wird Beförderung schnell eintreten. Meldungen für das Lodzer Pionierbataillon richten der technische Referent des Militär-Generalbezirks (Kosciuszko-Allee 4, 3. Stock) entgegen, in anderen Ortschaften des Generalbezirks die höchste Militärbehörde.

Zu den Stadtwahlen. Es wird darauf hingewiesen, dass Reklamationen bezüglich der Wahlen bringt in Erinnerung, dass der Termin zur Einreichung der Kandidatenlisten am 14. Februar abläuft. Die Listen werden täglich vom Vorstand zwischen 5—7 Uhr im Rathaus in der Sienkiewiczstraße 3/5 entgegenommen.

Das Hauptwahlkomitee für die Stadtverordnetenwahlen bringt in Erinnerung, dass der Termin zur Einreichung der Kandidatenlisten am 14. Februar abläuft. Die Listen werden täglich vom Vorstand zwischen 5—7 Uhr im Rathaus in der Sienkiewiczstraße 3/5 entgegenommen.

Arbeitslosenfürsorge. Das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge hat an den Volkskommissar Rzewski ein Telegramm folgenden Inhalts gelandet: Die Hilfe für die Arbeitslosen bildet eine der Hauptpflichten der Regierung. Die Regierung macht alle Anstrengungen, dass die der Arbeit befreit genügende Unterstützungen vom Staat erhalten. An Stelle von Geldunterstützungen werden in allerhöchster Leistungsmittel oder warme Speisen ausgegeben werden. Die Regierung bemüht sich angestrengt darum, dass die öffentlichen Arbeiten in weitem Umfang so schnell als möglich aufgenommen werden, dass zu diesem Zweck bedeutsame Mittel bestimmt und alle sich anstrengen Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden.

Für die Hilfsaktion für die Arbeitslosen werden die Industriellen besteuert werden. Ein Gesetz über eine besondere Kriegsgewinnsteuer wird ausgearbeitet. Die Regierung wird alle Kräfte anspannen, um die Staatshilfe nicht anzuheben zu lassen, bis die öffentlichen Arbeiten und die wieder in Betrieb gesetzte Industrie allen Arbeitern und Arbeitern Beschäftigung gegeben haben. Die Summen, die den Arbeitern unmittelbar von den Fabrikanten ausbezahlt werden, werden bei der Besteuerung zugunsten der Arbeitslosen nicht in Rechnung gebracht werden. Die Arbeiter, die von den Fabrikanten Unterstützungen erhalten, verlieren das Recht auf staatliche Hilfe für die Höhe der erhaltenen Unterstützungen entsprechende Zeitspanne.

Angesichts dessen ist die unmittelbare Ausübung eines Drucks durch die Arbeiter auf die Industriellen zum Zweck der Erlangung von Unterstützungen als die allgemeine Staatsaktion desorganisierend unzulässig. Verpflichtungen, die durch Gewalttaten erzwungen wurden, werden für ungültig erklärt.

Die Regierung erhält einen Aufruf an die Arbeiter, in dem sie diese auffordert, die Gewalttaten und Erpressungen den Fabrikanten gegenüber einzustellen. Die Gewalttaten, die zum Zweck der Erlangung von Unterstützungen angewandt werden, schaden den Arbeitern selbst. Sie sät Schrecken unter den Industriellen, nehmen ihnen die Lust zur Arbeit.

Die Regierung erhält einen Aufruf an die Arbeiter, in dem sie diese auffordert, die Gewalttaten und Erpressungen den Fabrikanten gegenüber einzustellen. Die Gewalttaten, die zum Zweck der Erlangung von Unterstützungen angewandt werden, schaden den Arbeitern selbst. Sie sät Schrecken unter den Industriellen, nehmen ihnen die Lust zur Arbeit.

Die Regierung erhält einen Aufruf an die Arbeiter, in dem sie diese auffordert, die Gewalttaten und Erpressungen den Fabrikanten gegenüber einzustellen. Die Gewalttaten, die zum Zweck der Erlangung von Unterstützungen angewandt werden, schaden den Arbeitern selbst. Sie sät Schrecken unter den Industriellen, nehmen ihnen die Lust zur Arbeit.

Die Regierung erhält einen Aufruf an die Arbeiter, in dem sie diese auffordert, die Gewalttaten und Erpressungen den Fabrikanten gegenüber einzustellen. Die Gewalttaten, die zum Zweck der Erlangung von Unterstützungen angewandt werden, schaden den Arbeitern selbst. Sie sät Schrecken unter den Industriellen, nehmen ihnen die Lust zur Arbeit.

Die Regierung erhält einen Aufruf an die Arbeiter, in dem sie diese auffordert, die Gewalttaten und Erpressungen den Fabrikanten gegenüber einzustellen. Die Gewalttaten, die zum Zweck der Erlangung von Unterstützungen angewandt werden, schaden den Arbeitern selbst. Sie sät Schrecken unter den Industriellen, nehmen ihnen die Lust zur Arbeit.

Die Regierung erhält einen Aufruf an die Arbeiter, in dem sie diese auffordert, die Gewalttaten und Erpressungen den Fabrikanten gegenüber einzustellen. Die Gewalttaten, die zum Zweck der Erlangung von Unterstützungen angewandt werden, schaden den Arbeitern selbst. Sie sät Schrecken unter den Industriellen, nehmen ihnen die Lust zur Arbeit.

Die Regierung erhält einen Aufruf an die Arbeiter, in dem sie diese auffordert, die Gewalttaten und Erpressungen den Fabrikanten gegenüber einzustellen. Die Gewalttaten, die zum Zweck der Erlangung von Unterstützungen angewandt werden, schaden den Arbeitern selbst. Sie sät Schrecken unter den Industriellen, nehmen ihnen die Lust zur Arbeit.

Die Regierung erhält einen Aufruf an die Arbeiter, in dem sie diese auffordert, die Gewalttaten und Erpressungen den Fabrikanten gegenüber einzustellen. Die Gewalttaten, die zum Zweck der Erlangung von Unterstützungen angewandt werden, schaden den Arbeitern selbst. Sie sät Schrecken unter den Industriellen, nehmen ihnen die Lust zur Arbeit.

Die Regierung erhält einen Aufruf an die Arbeiter, in dem sie diese auffordert, die Gewalttaten und Erpressungen den Fabrikanten gegenüber einzustellen. Die Gewalttaten, die zum Zweck der Erlangung von Unterstützungen angewandt werden, schaden den Arbeitern selbst. Sie sät Schrecken unter den Industriellen, nehmen ihnen die Lust zur Arbeit.

Lokales.

8. Februar.

Schließung der deutschen Schulen?

In einem Telegramm der polnischen Telegraphenagentur, das vor kurz vor Niederschlagschluß angingen ist, heißt es, dass in der Montagssitzung des Ministerialrats v. a. der Entwurf eines Dekrets über die Schließung der deutschen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache vorgenommen worden sei. Weitere Einzelheiten schließen.

Stadtverordneten-Versammlung.

Am der vorigestrichen Sitzung des Stadtrates waren bis 7.30 Uhr zum 26. Stadtverordnete erschienen; trotzdem sind die Sitzungen statt. Den Vorsitz führte Dr. Molenblatt. Nach Verlesung der Tagesordnung und der Vorsitzende einen Brief des Verfassungsministeriums in der Angelegenheit der Entsendung von zwei Delegierten zur Vorversammlung des Verfassungsrates am 23. Februar bekannt. Es wurde beschlossen, die Abgeordneten Woleński und Dr. Sacha zu entsenden. Daraus wurde ein Besuch der jüdischen Religionslehrer am 23. Februar 1918 vorgenommen. Der Vorsitzende teilte mit, dass die Angesetztheit bereits erledigt ist. Hierauf wurde ein Gesuch der Kaufleute Bichenstein und Schönwald beigegeben; den genannten Kaufleuten wurde im Dezember 1918 von Beamten der Kriminalpolizei 170 Mark Hinter- und andere Waren beschlagnahmt und bis jetzt nicht zurückgegeben. Es wurde beschlossen, dem Magistrat in dieser Sache freie Hand zu lassen.

Büchler verlas der Vorsitzende ein Gesuch der Kaufleute Bichenstein und Schönwald beigegeben; den genannten Kaufleuten wurde im Dezember 1918 von Beamten der Kriminalpolizei 170 Mark Hinter- und andere Waren beschlagnahmt und bis jetzt nicht zurückgegeben. Es wurde beschlossen, dem Magistrat in dieser Sache freie Hand zu lassen.

Büchler verlas der Vorsitzende ein Gesuch der Kaufleute Bichenstein und Schönwald beigegeben; den genannten Kaufleuten wurde im Dezember 1918 von Beamten der Kriminalpolizei 170 Mark Hinter- und andere Waren beschlagnahmt und bis jetzt nicht zurückgegeben. Es wurde beschlossen, dem Magistrat in dieser Sache freie Hand zu lassen.

Büchler verlas der Vorsitzende ein Gesuch der Kaufleute Bichenstein und Schönwald beigegeben; den genannten Kaufleuten wurde im Dezember 1918 von Beamten der Kriminalpolizei 170 Mark Hinter- und andere Waren beschlagnahmt und bis jetzt nicht zurückgegeben. Es wurde beschlossen, dem Magistrat in dieser Sache freie Hand zu lassen.

Büchler verlas der Vorsitzende ein Gesuch der Kaufleute Bichenstein und Schönwald beigegeben; den genannten Kaufleuten wurde im Dezember 1918 von Beamten der Kriminalpolizei 170 Mark Hinter- und andere Waren beschlagnahmt und bis jetzt nicht zurückgegeben. Es wurde beschlossen, dem Magistrat in dieser Sache freie Hand zu lassen.

Büchler verlas der Vorsitzende ein Gesuch der Kaufleute Bichenstein und Schönwald beigegeben; den genannten Kaufleuten wurde im Dezember 1918 von Beamten der Kriminalpolizei 170 Mark Hinter- und andere Waren beschlagnahmt und bis jetzt nicht zurückgegeben. Es wurde beschlossen, dem Magistrat in dieser Sache freie Hand zu lassen.

Büchler verlas der Vorsitzende ein Gesuch der Kaufleute Bichenstein und Schönwald beigegeben; den genannten Kaufleuten wurde im Dezember 1918 von Beamten der Kriminalpolizei 170 Mark Hinter- und andere Waren beschlagnahmt und bis jetzt nicht zurückgegeben. Es wurde beschlossen, dem Magistrat in dieser Sache freie Hand zu lassen.

Büchler verlas der Vorsitzende ein Gesuch der Kaufleute Bichenstein und Schönwald beigegeben; den genannten Kaufleuten wurde im Dezember 1918 von Beamten der Kriminalpolizei 170 Mark Hinter- und andere Waren beschlagnahmt und bis jetzt nicht zurückgegeben. Es wurde beschlossen, dem Magistrat in dieser Sache freie Hand zu lassen.

Büchler verlas der Vorsitzende ein Gesuch der Kaufleute Bichenstein und Schönwald beigegeben; den genannten Kaufleuten wurde im Dezember 1918 von Beamten der Kriminalpolizei 170 Mark Hinter- und andere Waren beschlagnahmt und bis jetzt nicht zurückgegeben. Es wurde beschlossen, dem Magistrat in dieser Sache freie Hand zu lassen.

Büchler verlas der Vorsitzende ein Gesuch der Kaufleute Bichenstein und Schönwald beigegeben; den genannten Kaufleuten wurde im Dezember 1918 von Beamten der Kriminalpolizei 170 Mark Hinter- und andere Waren beschlagnahmt und bis jetzt nicht zurückgegeben. Es wurde beschlossen, dem Magistrat in dieser Sache freie Hand zu lassen.

Büchler verlas der Vorsitzende ein Gesuch der Kaufleute Bichenstein und Schönwald beigegeben; den genannten Kaufleuten wurde im Dezember 1918 von Beamten der Kriminalpolizei 170 Mark Hinter- und andere Waren beschlagnahmt und bis jetzt nicht zurückgegeben. Es wurde beschlossen, dem Magistrat in dieser Sache freie Hand zu lassen.

Auf der ersten Seite dieser Ausgabe ist nachstehende Bekanntmachung des Ministeriums für Heeresangelegenheiten abgedruckt:

Die gesamte Wehrpflichtsordnung ist unter Berücksichtigung der Besonderheiten unseres Volkslebens ausgearbeitet. Es finden die Bedürfnisse des Staates und die Interessen der Bürger Berücksichtigung, die bisher ignoriert worden waren.

Die gesamte Wehrpflichtsordnung ist unter Berücksichtigung der Besonderheiten unseres Volkslebens ausgearbeitet. Es finden die Bedürfnisse des Staates und die Interessen der Bürger Berücksichtigung, die bisher ignoriert worden waren.

Die gesamte Wehrpflichtsordnung ist unter Berücksichtigung der Besonderheiten unseres Volkslebens ausgearbeitet. Es finden die Bedürfnisse des Staates und die Interessen der Bürger Berücksichtigung, die bisher ignoriert worden waren.

Die gesamte Wehrpflichtsordnung ist unter Berücksichtigung der Besonderheiten unseres Volkslebens ausgearbeitet. Es finden die Bedürfnisse des Staates und die Interessen der Bürger Berücksichtigung, die bisher ignoriert worden waren.

Die gesamte Wehrpflichtsordnung ist unter Berücksichtigung der Besonderheiten unseres Volkslebens ausgearbeitet. Es finden die Bedürfnisse des Staates und die Interessen der Bürger Berücksichtigung, die bisher ignoriert worden waren.

Die gesamte Wehrpflichtsordnung ist unter Berücksichtigung der Besonderheiten unseres Volkslebens ausgearbeitet. Es finden die Bedürfnisse des Staates und die Interessen der Bürger Berücksichtigung, die bisher ignoriert worden waren.

Die gesamte Wehrpflichtsordnung ist unter Berücksichtigung der Besonderheiten unseres Volkslebens ausgearbeitet. Es finden die Bedürfnisse des Staates und die Interessen der Bürger Berücksichtigung, die bisher ignoriert worden waren.

Die gesamte Wehrpflichtsordnung ist unter Berücksichtigung der Besonderheiten unseres Volkslebens ausgearbeitet. Es finden die Bedürfnisse des Staates und die Interessen der Bürger Berücksichtigung, die bisher ignoriert worden waren.

Die gesamte Wehrpflichtsordnung ist unter Berücksichtigung der Besonderheiten unseres Volkslebens ausgearbeitet. Es finden die Bedürfnisse des Staates und

Deutsche Wähler! Überzeugt Euch persönlich, ob Ihr in die Wählerlisten eingetragen seid.

Samstag ist der letzte Tag, an dem in den Bezirkswahllokalen noch Reklamationen entgegengenommen werden.
Es darf keine deutsche Stimme bei den kommenden Stadtratswahlen verloren gehen!

Mitte der zur Zahlung der Abgabe Verpflichteten berufenen Mitgliedern bestehen. Das Finanzministerium kann alle Vermögenswerte, die durch den Krieg gesunken haben, ganz oder teilweise von der Abgabe befreien.

Wer die Steuererklärung in der Absicht fälscht, die Abgabe zu verringern, der wird mit einer Strafe von 100 bis 50 000 Mark belegt. Gegen jedes Strafurteil der Finanzbehörde der 1. Instanz kann beim Finanzministerium im Laufe von 14 Tagen schriftlich oder telegraphisch Berufung eingelegt werden.

Getreideabsicherung. Der Staatschef hat nachstehenden Erlass veröffentlicht: „In der Angelegenheit der Verantwortung für die Nichtabsicherung von Feldfrüchten an den festgesetzten Terminen wird auf Antrag des Ministeriums folgendermaßen beschlossen: Die der Nichtabsicherung von Feldfrüchten an den festgesetzten Terminen schuldigen Personen werden von den entsprechenden Provinzen des Verpflegungsministeriums bis zu 6 Monaten und außerdem zu Geldstrafen bis zu 100 000 M. verurteilt. Die Vollstreckung wird dem Verpflegungsminister übergeben.“

Personelles. Der Erste Bürgermeister Ina. Skulski hat sich in diesjährigen Angelegenheiten nach Warschau begeben.

Der Lodzer Arbeitsrat hält, wie uns mitgeteilt wird, heu' um 7 Uhr abends im Scala-Theater, Biegelstraße 18, eine Generalversammlung ab.

Gis. Der strenge Frost der letzten Tage hat die Gewässer rings um Lódz mit einer dicken Eisschicht bedeckt, die jetzt zu gewerblichen Zwecken zerstellt und nach der Stadt geschafft wird. In Lódz haben mehrere Eislaufplätze ihre Pforten geöffnet. Sie sind vom frühen Morgen bis zum späten Abend von zahlreichen Freunden des gesunden Wintersports besucht.

Tener in einem Genesendenheim. Vor gestern um 11 Uhr vormittags brach im Genesendenheim „Ukrowisko“ in Kaln Feuer aus. Während der Erwärmung des eingetroffenen Wasserbehälters brannte das herumliegende Stroh an. Der Pavillon, in dem sich die Speisekammer, die Abzüimmer, die Wascherei und die Speisemutter befanden, brannte vollständig nieder. Die Rettungsarbeit leitete die aus der Umgegend eingetroffene Feuerwehr. Aus der Speisemutter gelang es fast alles zu retten. Anfolge des Brandes mussten die Kranken nach Lódz gebracht werden. Das Feuer wurde um 3 Uhr nachmittags gelöscht.

Das alte Pidz. Bei den Beamten der Abteilung für Konzessionen R. Krzemieni ist in der Kanzel des Pol. Konsulats Rzewski, der in der Jawabz. Straße 25 wohnt, Abram Majer Lewlowicz, Mitglied des Verbandes der mit roten Händen handelnden Kaufleute, und bat um günstige Erlaubnis des von ihm eingereichten Gesuches und händigte ihm im Namen des Vereins 100 Mark ein. Das Geld wurde für den Nationalfonds bestimmt und Lewlowicz dem Gericht übergeben.

Theater und Konzerte.

Thalia-Theater. Uns wird geschrieben: Heute, abends 7 Uhr geht anstelle des geplanten Gerhard Hauptmann'schen Schauspiels „Friedensfest“, das infolge des großen Erfolges des Ausschaltungsstückes verboten werden musste. „Die Reise um die Erde in 40 Tagen“ wiederholt in Szene. Freitag, abends 7 Uhr, findet die Wiederholung des großen Ausschaltungsstückes „Die Reise um die Erde in 40 Tagen“ statt. Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, geht als einmaliges Wiederholung zu 5 Einheitspreisen die lustige Operette „Das Dreimäderlhaus“ auf allgemeinen Wunsch zum letzten Male in Szene. Der Kartenvorverkauf beginnt jetzt einen Tag vor der betreffenden Aufführung.

Vereine und Versammlungen.

Der Verband geistiger Arbeiter ist am 4. Februar im Lokal der Petruslauer str. 115 eine Versammlung der Delegierten der Vereinverbände ab, die ihren Beitrag zum Verband geistiger Arbeiter erläutert haben. Anwesend waren 26 Herren, die 20 Vereine vertraten. Die Sitzung wurde von Dr. A. Tomaszewski eröffnet. Der Vorsitz führte der Vorsitzende der Delegation des Finanzministeriums Herr Pilek. Schriftführer war Ing. Martin Goldbar. Gegenstand der Beratungen waren die Stadtverordnetenwahlen. Die Verammlungen beschlossen auf den Wahlauszubuchungen und eine besondere Kandidatenliste aufzustellen, die die Namen von geistigen Arbeitern enthalten soll, die über den Parteien und lediglich der Wahl des städtischen Wirtschafts in Auge haben sollen.

Verammlung von Bankbeamten. Am Dienstagabend stand im Lokal des Verbands der Handels- und Büroangestellten der Stadt Lódz (Roz. nr. 32) eine Verammlung der Sektion der Bankbeamten statt. Den Vorsitz führte Herr Stanislaus Braunstein. Nach lebhafter Ausprache über den Tätigkeitsbericht der zeitweiligen Verwaltung und Erteilung von Hinweisen für die nächste Verwaltung wurde zu den Wahlen geschritten. An die Verwaltung wurden bezüglich die Herren: S. Braunstein, S. Stein, F. Weiland, F. Wilczyński, A. Goldmann, H. Thigier und S. Bryner.

Fleischergesellen-Zunft. Am 9. Februar, um 2 Uhr nachmittags findet im Lokal in der Gustavstraße 11 die Generalversammlung der Mitglieder der Zunft statt. Erforderlich ist eine möglichst zahlreiche Beteiligung der Mitglieder.

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Anfragen unserer Leser, auch wenn diese mit der Richtung unseres Blattes nicht übereinstimmen.

Was wird aus dem Landes-Schulverband?

Noch immer hat die beheimatete Frage, was aus dem Landes-Schulverband werden soll, keinerlei Lösung gefunden. Dass aber die gegenwärtige Lage des Verbandes unhalbar ist, das etwas zur Lösung der Lage geschehen muss, sieht zuerst Zweck. Ganz haben die Versuche eines Tei's der Landeslehrer, die Auflösung des Schulverbandes herbeizuführen, nicht den erhofften Erfolg gehabt, aber die Frage des Weiterbestandes desselben ist dadurch so in den Vordergrund gerückt, dass ein Einreisen der obersten Staatsgewalt fast unvermeidlich geworden ist.

Wie auch immer der Rechtspruch der gegebenen Körperschaft lauten wird, so ist doch eine lebhaft zu bedauern: dass eine Frage, die so tief in das Leben unseres Volkes hineingreift und für unser Volkstum von allergrößter Bedeutung ist, so wenig Aufsicht in der Oberschule gefunden hat. — denn im Grunde handelt es sich weniger um den Lehrer mit seinem larg bemessenen Gehalt die größte Bedeutung hat. Es ist bekannt, dass gerade der Mogen der größte Revolutionsar ist. Doch, wenn ich nicht irre, wurde auf der im Oktober vom Landes-Schulverband einberufenen Versammlung der Beschluss gefasst, dass die Lehrer, die in den Ruhestand treten, eine lebenslängliche Pension beziehen sollen. Damit wäre diese Verschuldung hinfällig geworden.

Unsere Lehrer haben ihr Leben darüber gesäuert, ob der Schulverband seinen Aufgaben und übernommenen Pflichten gerecht werden würde. Gewiss, wenn der Staat ihm keine Mittel zur Verfügung stellt, so kann er es nicht und müsste dann von selbst eingehen; wenn er aber vom Staat anerkannt ist, so ist es doch logisch, dass er auch vom Staat finanziert wird. In den Statuten des Verbandes, die von der provisorischen polnischen Regierung genehmigt sind, ist ausdrücklich gesagt, dass die Lehrer der dem Verband unterstellten Schulen in allen Hinsichten den Lehrern der übrigen Schulen gleichgestellt sind. Diese Statuten sind nicht so ohne weiteres über Bord zu werfen und können nur von der künftigen gesetzgebenden Körperschaft umgestoßen werden.

Die, meines Erachtens, schwerwiegendste Verschuldung des Landes-Schulverbandes seitens der Lehrer besteht darin, dass er die Lehrer zu Untergebenen der Schulvorstände und Gemeinden herabgedrückt hat. Die Schulvorstände können den Lehrer wählen oder nicht wählen. Hier beginnt der grosse Schwierpunkt ungeahnter Missbräuche. Bewirkt der Lehrer sich um eine Stelle, so muss er versuchen, das Wohlgefallen der Vorstandesmitglieder zu gewinnen, muss ihnen oftmals schmeichelnd oder sich sogar erniedrigen. Hat der Vorstand das Recht, den Lehrer zu wählen, so macht er sich ein, ihn auch entlassen zu können, mischt sich in Schulangelegenheiten und sozusagen in den Unterricht, von dem er nichts versteht. Besteht der Vorstand dazu aus ungeübten Personen, wie das auf dem Lande so häufig der Fall ist, so wird die Lage des Lehrers unerträglich. Schon jetzt sind Fälle zu verzeichnen, wo der Vorstand mit dem Lehrer um die Höhe des Gehalts feilscht, um, womöglich, dabei etwas zu profitieren; und je weiter, desto schwieriger müssen sich die Verhältnisse gestalten.

Wohl ist die demokratische Forderung, dass alle Angestellten, die Lehrer nicht ausgeschlossen, gewählt werden müssen, zeitgemäß und richtig; aber die Wahl muss von einer Institution vollzogen werden, die aus sachverständigen Personen besteht. In den deutschen Kolonien Südrusslands ist es von jener Bruch, dass die Gemeinde sich den Lehrer selbst wählt. — „mitet“, wie der gebräuchliche Ausdruck lautet. Und, obgleich die Kolonisten daselbst auf einer bedeutend höheren Kulturstufe stehen, als hierzulande, so ist doch auch dort auf dieser Grundlage viel Unfug geliebt worden. Die Lehrerwahl artet oft in eine „Auktion in minus“ aus, wobei meistens nicht der gewählt wurde, der es am besten machte, sondern der, der es am billigsten machte. Vergeblich kämpften die Lehrerinnen unter den Lehrern und die Schulbehörden gegen diesen Wettkampf an.

Doch wou brauchen wir Beispiele aus Russland? Unsere Kantorealschulen sind ein ausschlaggebender Beweis dafür, dass das Schulwesen durch die Wahl des Lehrers von der Gemeinde nicht gefördert, sondern gehemmt und herabgesetzt wird. Nein, der Lehrer soll frei und unabhängig sein! Nur dann wird ihm von der Dorfgemeinde die gebührende Hochachtung entgegengebracht, ohne die eine erfolgreiche Wirkamkeit nicht denkbar ist. Eine durch Wohl berufene und von den Wählern abhängige Person kann nur dann zu Einfluss und Anerkennung gelangen, wenn sie über besondere Talente verfügt, durch die sie ihrer Umgebung unentbehrlich wird. Aber solch hohe Forderungen, wie e wünscht sie auch sind, können wir an unsere Lehrer nicht stellen.

Und dennoch, trotz der begangenen Fehler, trotz der mancherlei Mängel und Schäden, hat der Landes-Schulverband eine Aktiva aufzuweisen, die seine Passivseite deutlich deckt.

Er ermöglichte es den aus der Verbannung heimgekehrten Kolonisten, die oft an Stelle der verlassenen Häuser nur Schutthaufen und Bränden ständen, ihre Schulen wieder aufzubauen. Ohne die gewährten Beihilfen wäre noch so manche Ge-

Sie rechneten nur mit der bestehenden Klasse und übersehen den Lehrer.

Weniger dürfte das „Aufzwingen“ bestreiten, denn daran sind die Lehrer doch aus früheren Zeiten gewöhnt. Ich glaube, dass so manchem Lehrer noch lebhafte Erinnerungen aus der „guten alten Zeit“ geblieben sind, als er noch der unbeschrankten Willkür des russischen Schulinspektors ausgesetzt war. Dass ist etwa zu erwarten, dass die polnische Regierung zur Lösung der Schulfrage die deutschen Lehrer zu Nutzen ziehen wird?

Weiter wird dem Landes-Schulverband der Vorwurf gemacht, dass er die angestellten Lehrer mit einer einmaligen Unterstützung „abspeisen“ wolle, anstatt ihnen eine ständige Pension zu gewähren. Das wäre allerdings eine schlechte Lösung der Altersversicherungsfrage, die doch für den Lehrer mit seinem larg bemessenen Gehalt die größte Bedeutung hat. Es ist bekannt, dass gerade der Mogen der größte Revolutionsar ist. Doch, wenn ich nicht irre, wurde auf der im Oktober vom Landes-Schulverband einberufenen Versammlung der Beschluss gefasst, dass die Lehrer, die in den Ruhestand treten, eine lebenslängliche Pension beziehen sollen. Damit wäre diese Verschuldung hinfällig geworden.

Unsere Lehrer haben ihr Leben darüber gesäuert, ob der Schulverband seinen Aufgaben und übernommenen Pflichten gerecht werden würde. Gewiss, wenn der Staat ihm keine Mittel zur Verfügung stellt, so kann er es nicht und müsste dann von selbst eingehen; wenn er aber vom Staat anerkannt ist, so ist es doch logisch, dass er auch vom Staat finanziert wird. In den Statuten des Verbandes, die von der provisorischen polnischen Regierung genehmigt sind, ist ausdrücklich gesagt, dass die Lehrer der dem Verband unterstellten Schulen in allen Hinsichten den Lehrern der übrigen Schulen gleichgestellt sind. Diese Statuten sind nicht so ohne weiteres über Bord zu werfen und können nur von der künftigen gesetzgebenden Körperschaft umgestoßen werden.

Die, meines Erachtens, schwerwiegendste Verschuldung des Landes-Schulverbandes seitens der Lehrer besteht darin, dass er die Lehrer zu Untergebenen der Schulvorstände und Gemeinden herabgedrückt hat. Die Schulvorstände können den Lehrer wählen oder nicht wählen. Hier beginnt der grosse Schwierpunkt ungeahnter Missbräuche. Bewirkt der Lehrer sich um eine Stelle, so muss er versuchen,

das Wohlgefallen der Vorstandesmitglieder zu gewinnen, muss ihnen oftmals schmeichelnd oder sich sogar erniedrigen. Hat der Vorstand das Recht, den Lehrer zu wählen, so macht er sich ein, ihn auch entlassen zu können, mischt sich in Schulangelegenheiten und sozusagen in den Unterricht, von dem er nichts versteht. Besteht der Vorstand dazu aus ungeübten Personen, wie das auf dem Lande so häufig der Fall ist, so wird die Lage des Lehrers unerträglich. Schon jetzt sind Fälle zu verzeichnen, wo der Vorstand mit dem Lehrer um die Höhe des Gehalts feilscht, um, womöglich, dabei etwas zu profitieren; und je weiter, desto schwieriger müssen sich die Verhältnisse gestalten.

Wohl ist die demokratische Forderung, dass alle Angestellten, die Lehrer nicht ausgeschlossen, gewählt werden müssen, zeitgemäß und richtig; aber die Wahl muss von einer Institution vollzogen werden, die aus sachverständigen Personen besteht. In den deutschen Kolonien Südrusslands ist es von jener Bruch, dass die Gemeinde sich den Lehrer selbst wählt. — „mitet“, wie der gebräuchliche Ausdruck lautet. Und, obgleich die Kolonisten daselbst auf einer bedeutend höheren Kulturstufe stehen, als hierzulande, so ist doch auch dort auf dieser Grundlage viel Unfug geliebt worden. Die Lehrerwahl artet oft in eine „Auktion in minus“ aus, wobei meistens nicht der gewählt wurde, der es am besten machte, sondern der, der es am billigsten machte. Vergeblich kämpften die Lehrerinnen unter den Lehrern und die Schulbehörden gegen diesen Wettkampf an.

Doch wou brauchen wir Beispiele aus Russland? Unsere Kantorealschulen sind ein ausschlaggebender Beweis dafür, dass das Schulwesen durch die Wahl des Lehrers von der Gemeinde nicht gefördert, sondern gehemmt und herabgesetzt wird.

Nein, der Lehrer soll frei und unabhängig sein! Nur dann wird ihm von der Dorfgemeinde die gebührende Hochachtung entgegengebracht, ohne die eine erfolgreiche Wirkamkeit nicht denkbar ist. Eine durch Wohl berufene und von den Wählern abhängige Person kann nur dann zu Einfluss und Anerkennung gelangen, wenn sie über besondere Talente verfügt, durch die sie ihrer Umgebung unentbehrlich wird. Aber solch hohe Forderungen, wie e wünscht sie auch sind, können wir an unsere Lehrer nicht stellen.

Und dennoch, trotz der begangenen Fehler, trotz der mancherlei Mängel und Schäden, hat der Landes-Schulverband eine Aktiva aufzuweisen, die seine Passivseite deutlich deckt. Er ermöglichte es den aus der Verbannung heimgekehrten Kolonisten, die oft an Stelle der verlassenen Häuser nur Schutthaufen und Bränden ständen, ihre Schulen wieder aufzubauen. Ohne die gewährten Beihilfen wäre noch so manche Ge-

meinde jahrelang ohne Schule geblieben. Noch wichtiger und erfrischlicher war die Tätigkeit des Schulverbandes in einer andern Richtung. Die rüttigen Leiter desselben suchten verwahrloste deutsche Bauernfamilien auf, gründeten Schulgemeinden und Schulen und sammelten die zerstreut wohnenden Deutschen. So manchem deutschen Kolonistenkind wurde die Möglichkeit gegeben, Schulunterricht zu genießen; was das zu bedeuten hat, kann nur der Genüge würdigen, der den moralischen Untergang so mancher Deutschen wegen Mangel an Bildung geschaute hat, der evangelische Kinder zur Konfirmation vorbereitet hat, die weder lesen noch deutsch sprechen konnten. All diese Schulen, wo die Deutschen in der Minderheit wohnen, müssen zugleich mit dem Schulverbande eingehen. Siehe das nicht das Kind mit dem Bade ausschütten?

Die Gegner des Schulverbandes werden darauf erwidern, dass das Schwächere stets unterliege und in den Startern aufsehe. Das ist wohl richtig, aber ob es auch recht und heilig ist? Hat nicht der Schwache auch ein Recht, neben dem Startern, für sich ein Plätzchen an der Sonne zu beanspruchen? Nach Niesche — nicht, nach Wilson — ja. Ich halte mich an Wilson und fordere auch für unser Polen freies Entwicklung, wie es unser Wesen erfordert. Mehr wollen wir nicht. Die polnische Presse hat des öfteren — und mit Recht — darauf hingewiesen, dass in den Ländern, wo die Polen die Minderheit bilden, ein Schulverband (macierz szkolna) zur Förderung des polnischen Schulwesens gegründet werden müsse. Nun, was dem einen recht ist, ist dem andern billig!

Leider gibt es noch immer Kreise, darunter oft Leute mit deutschen Namen, die uns Polen entgegenbringen, sobald wir für unser Deutschland eintraten. Der Deutsche, wo er auch immer wohnen mag, ist ein ganzer Mann; was er ist, das ist er mit Leib und Seele, was er macht, das macht er gewissenhaft. Treu hängt er an seinem Vaterland, ob es Deutschland, ob es Amerika, ob es Russland, ob es Polen heißt. Umsonst waren die Bemühungen der russischen Regierung, den vertriebenen deutschen Kolonisten Staatsverrat nachzuweisen, um das rohe gesetzwidrige Verfahren gegen sie zu rechtfertigen, es gelang nicht: kein einziger Fall konnte festgestellt werden.

Wie wir bisher Russland treu waren, so werden wir es Polen gegenüber auch sein. Wir schließen weder nach Westen, noch nach Osten. Hier, wo wir geboren sind, wo unsere Wiege gestanden hat, ist unsere Heimat; hier wollen wir leben, wirken und, will Gott, auch bearbeiten sein. Wir wollen und werden unsern Pflichten dem polnischen Staat gegenüber gewissenhaft nachkommen; wir wollen und werden die polnische Sprache in unsern Schulen pflegen zu unsern und des Landes Nutzen; wir wollen und werden loyale Bürger Polens sein — aber darum brauchen wir uns doch nicht selbst zu verleugnen und etwas sein wollen, was wir nicht sind! Darum können wir doch unsere Sprache, unsere Kirche, unsere Schule, unsere Eigenart erhalten! Das sind keine Privilegien, sondern die elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit, die sich mit dem polnischen Staatsgedanken vereinbaren lassen und allen Völkern ohne Ausnahme zugestanden werden sind. Auch die polnische Regierung hat wiederholt erklärt, dass es im freien unabhängigen Polen keine Bürger ersten und amiten Grades gibt. Ist das für uns nicht genug? Wollen wir denn unsere Freunde sein und das, was uns rechtmäßig zugestanden ist, von uns stoßen? Wenn wir aber unsere Schulen behalten, so brauchen wir auch eine Institution, der die Zeitung derselben angekündigt ist, die die deutschen Schulen allseitig vertreten und darauf zu sehen hat, dass ihre Rechte nicht gedämpft werden. An wen soll sich der deutsche Volksschullehrer mit seinen Anliegen wenden, wenn es keine Organisation gibt, die alle deutschen Schulen Polens umfasst? Einer an den Schulinspektor? Der kann ihm bei dem besten Willen oft nicht helfen und raten, weil er weder unsere polnische Eigenart noch die Beziehungen zwischen Gemeinde und Lehrer genau kennt und auch nicht kennen kann. Einen zu amüsieren Schluß aller deutschen Schulen unter Aufsicht des Staates brauchen wir. Ob die Organisation, die mit der Leitung derselben betraut wird, Schulverband heißt, oder einen anderen Namen trägt, ist Nebensache, wenn sie nur die alten Mängel nicht aufweist.

Es ist ein Fehler derjenigen Lehrer, die die Schließung des Landes-Schulverbandes anstreben, anstatt die Beseitigung seiner Fehler zu fordern. Es ist zu bedauern, dass die Polemik einen persönlichen Charakter angenommen hat, und sogar in einer deutschen Zeitung Artikel intoleranter Inhalts erschienen sind — damit ist weder unserer Schule noch unserer deutschen Sache gedient.

Wenn die Gründer des Schulverbandes den Lehrer übersehen haben, so übersehen seine Gegner die Schule und die Interessen unseres Volks; bei dem ist falsch. Nicht schließen, sondern neu gestalten — das sollte die Lösung sein.

Zur Frage der deutschen Lehrerbildung in Polen.

In einem Bericht über die letzte Sitzung des Schulrates der Stadt Łódź ist die folgende eigentümliche Mitteilung zu lesen:

„In Sachen des Deutschen Seminars wurde beschlossen, den Magistrat zu bitten, die weiteren Subsidien nicht auszubezahlen, weil das Lehrerseminar vom Landeschulverband materiell unterstützt wird.“

Der hierher Sinn dieses Beschlusses ist dem eindeutigen Unterrichtsverständ nicht ohne weiteres verständlich. Offenbar ist dies gemeint: Der Landeschulverbund soll genötigt werden, dem deutschen Lehrerseminar seine Unterstützung zu entziehen. Dann entzieht aber im Haushaltspolitik des Seminars ein erheblicher Fehlbetrag. Wer deckt diesen Fehlbetrag? Doch jedenfalls die städtische Schulverwaltung. Es sollen also die Steuerzahler von Łódź, ohne Unterschied der Nationalität und Konfession, mehr belastet werden, um die deutsch evangelische Kultureinrichtung am Leben zu erhalten. Das ist sehr edel und großmütig gedacht, aber es erscheint doch fraglich, ob diese hochzige Ausfassung von der gesamten Łódźer Bürgerschaft geteilt wird, die ja bekanntlich nicht nur aus Deutschen und Evangelischen besteht. Es könnte demnach sehr wohl auch der Fall eintreten, daß jeder Fehlbetrag nicht deckt und dadurch der weitere Besitz des Seminars gefährdet wird. Das mit wäre die einzige Macht einsatz geliefert, die berufen ist, für etwa 500 deutsche Schulen in Polen Lehrer heranzubilden. Kann man das Absicht des Schulrates der Stadt Łódź sein? Wenn ja, dann möge es doch raus heraus gesagt werden, damit jedermann genau weiß, wie es mit der Bildung und bürgerlichen Gleichberechtigung hierzulande bestellt ist.

Der Herr Minister des Innern hat in diesen Tagen zum Schutz der jüdischen Bevölkerung eine Rundverschaffung erlassen, wonin es u. a. heißt: „Das durch so viele Jahre gefestigte polnische Volk, das der Möglichkeit, seinem Willen auszudrücken, verlustig war, wird die Freiheit derjenigen zu schützen wissen, deren Schicksal mit dem unseres verbunden ist.“ Was den Juden recht ist, sollte man meinen, ist den Deutschen in Polen billig. Und in demselben Erlass findet sich das schöne Wort: „Am freien Polen gibt es keine in Kategorien eingeteilte Bürger“ — also keine Bürger erster und zweiter Klasse. Nun wohlan, soll die Schule allein vom Genuss der Freiheit ausgeschlossen sein? Wenn nicht, dann darf auch den evangelischen Glaubens- und den deutschen Volksgenossen in Polen nicht verwehrt werden, ihre Schulen mit Geldmitteln zu unterstützen. Diese Gnade müßte doch eigentlich selbst einem Bürger zweiter Klasse erwiesen werden. Oder ist es eine zu unbedeckende Forderung, daß ihm das Recht, zu zählen, entzogen werden? Wir wären für eine gütige Belehrung von Herzen dankbar!

Einige Freunde
staatsbürgerlicher Auflösung.

Smola

Sprzedaż smoły w ilościach, potrzebnych dla społeczeństwa, odbywa się w dalszym ciągu w Gazowni miejskiej, ulica Targowa 18 (dawniej 84) tak dla odbiorców miejskich jak i prowincjonalnych po cenie mk. 30.— za 100 funtów polskich netto, loco gospodni 1 1/2% podatku państwowego, po dostarczeniu odpowiedniej ilości beczek w dobrym stanie.

Konzertdirektion Alfred Strauch

Lodzer Symphonie-Orchester
Konzerthaus
— Montag, den 10. Februar d. J., —
um 8 1/2 Uhr abends:
XVIII. Symphonie-Konzert.

Solistin:
Bertha

CRAWFORD (New-York)

Hervorragende amerikanische Sängerin.
Dirigent: Bronisław Szulz.

Im Programm: 1. Vorabend 2. Czynona 3. Moll
Sinfonie: Ans der Op. 24me.
Mollinis: Wie aus der Op. „Waldes de Ge-
stelle“ und Vierer

Karten v. mk. 25, 55 mk. 1.— And in
der Kehd b. lois von Alfred Strauch,
Zielonastr. 12 zu haben.

Musikdirektor Frank Pohl

Ab 6. der Konzertreihen zu Hause zu, Dresden u. Köln.
zurückgeführt, erhebt sich als Dirigent von Chor- und
Orchestervereinigungen, sowie als Lehrer für
Clavier, Violine und Gesang.

Anmeldungen richten die Buchhandlung Winslow,
Petrikauer 142, in Fabianice, welche ich Grobholz-
Straße 6 entgegen.

Letzte Nachrichten.

Die Einberufung des Landtags.

Warschau, 5. Februar (P. A. T.) Der heutige „Monitor Polisi“ bringt folgendes Telegramm über die Einberufung des verfassunggebenden Landtags: Der auf Grund der Wahlordnung vom 28. November 1918 (Amtsblatt Nr. 18, § 46) gewählte verfassunggebende Landtag wird in der Landeshauptstadt Warschau für den 9. Februar 1919 einberufen.

Der Landeschef: Piłsudski.

Ministerpräsident: J. Paderewski.

Szeplyckis Rücktritt.

Der Generalstabschef, Graf Szeplycki, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Wie der „Kurjer Warszawski“ erährt, wurde es angenommen. In militärischen Kreisen wird versichert, daß als mutmaßliche Nachfolger des Generals Szeplycki die Generäle Michaelis, Rozwadowski, Sosnkowski oder Wissniewicz in Betracht kommen. Endlich bringt der „Przegląd Poranny“ die Meldung, daß Chef des polnischen Generalstabes irgend ein Entente-Offizier werden soll, dem als Gehilfe ein höherer polnischer Offizier beigegeben werden.

Dowbór-Muśnicki verabschiedet?

Einer Meldung polnischer Blätter zu folge soll der Oberbefehlshaber der polnischen Truppen General Dowbór-Muśnicki die Demission erhalten haben.

Um Polens Grenzen.

Warschau, 5. Februar. (P. A. T.) Generalstabsericht des polnischen Heeres vom 5. Februar:

Wolhynien und Chelmgebiet: Gruppe des Generals Niedz Szmigiel: Am 4. Februar, nachmittags, rückten unsere Abteilungen in Kowal ein. Der Widerstand der ukrainischen Miliz und Banden Pešuras wurde nach kurzem Kampfe gebrochen. Unsere Verluste sind gering.

Ostgalizien: Gruppe des Generals Nomer: Der Angriff auf Bely wurde mit großen Verlusten für den Gegner abgeschlagen. Vor dem Abschnitt eines unserer Bataillone wurden 57 Leichen gezählt. In einem glänzenden Gegenstoß, bei welchem sich das 3. Infanterieregiment des Brigadiers Verbeck auszeichnete, wurden 1 Offizier und 75 Mann gefangen genommen und 4 Maschinengewehre erbeutet.

Paul Kühn, Karola 8.

Lehranstalt für prakt. Handelskunde

Polnische und deutsche
Dopp. Durchführung: Stenographie, Korrespondenz,
Fabrikbetrieb, Maschinen, Handelsrechnen,
Handelstext, Schreiben, Schreibschrift,
= Polnisch, Deutsch, Englisch, Französisch, =

Am 9. Februar, um 2 Uhr nachmittags findet im Lokal in der Poststraße Nr. 11, die

General-Beratung

der Mitglieder der Fleischergesellen-Zunft statt.
Erforderlich ist eine möglichst zahlreiche Beteiligung der Mitglieder.

483

Sie verdienen viel Geld

beim Einkauf von
Kristall-, Neu Silber-, Lederwaren

und anderen Luxusartikeln, da das Geschäft sich in Liquidation befindet und nebenbei reich assortiert ist.

M. Siegelberg,
Petrikauer Straße Nr. 45.

Das elektrotechnische konzessionierte Büro
I. Bräuer & J. Raczkowski
Lodz, Petrikauer Straße 284
übernimmt alle in das Gebiet der Elektrotechnik einschließenden Arbeiten. Reparaturen von elektrischen Klingelanlagen und Fernsprech-Apparaten und Erhaltung derselben.

Verkauf elektrotechnischer Materialien, Reparatur-Werkstatt am Ort.

480

Spezielle Hauschilder-Malerei
und Melde-Stempel
 wird vor Ort zu den örtlichen Preisen sofort lieferbar bei

D. Stange, Petrikauer Straße 33.

Gruppe des Generals Rozwadowski: Artilleriekampf und kleinere Zusammenstöße.

Deutscher Schlesien: Waffenstillstand.

Der Chef des Stabes: Szeplycki.

England zum schlesischen Konflikt.

Warschau, 5. Februar. (P. A. T.) Der heutige „Monitor Polisi“ bringt folgendes Telegramm über die Einberufung des verfassunggebenden Landtags:

Der auf Grund der Wahlordnung vom 28. November 1918 (Amtsblatt Nr. 18, § 46) gewählte

einen Brief folgenden Inhalts:

Euere Exzellenz!

Ich gebe mit der Ehre, Ihnen mitzuweisen, daß ich von Herrn Balfour ein Telegramm über die Erzielung einer provisorischen Amtmachung vom 3. Januar 1919 zwischen den polnischen und tschechischen Vertretern hinsichtlich des schlesischen Konflikts erhalten habe. Der Bericht wurde von Herrn Tomaszki, der den Vertretern der Entente für ihre Wirkung beim Zustandekommen der Konferenz seinen Dank ausprach, bestätigt. Der provisorische Vertrag unterstreicht:

a) Die sofortige Freilassung aller durch die Tschechen gefangen genommenen Polen, einschließlich ihrer Waffen;

b) Die Tschechen haben sofort die Versorgung Polens mit Kriegsmaterial vorzunehmen und siere Durchfahrt zu gewähren;

c) Die Tschechen haben die Verwaltung der Eisenbahn von Oderberg (Station) bis Teschen provisorisch einzustellen. Die polnische Okupation beginnt von den zuletzt angeführten Ortschaften und zieht sich bis zur slowakischen Grenze.

d) Die Tschechen garantieren die gleiche Menge von Gütern für Polens Bedarf;

e) Der oben erwähnten internationalen Kommission wird gleichfalls die Unterforschung und Berichterstattung über die endgültige Festlegung der Grenzen übertragen. Es wird hingestellt, daß dieser provvisorische Vertrag unter der Aufsicht des Friedenskongresses redigiert wurde.

Ich habe die Ehre, mit großer Hochachtung für Sie Ihr gehorsamster und ergebenster Diener zu sein.

ges. H. H. Wade, Oberst,

Großbritannischer Kommissar in Polen.

Rücktransport der polnischen Kriegsgefangenen.

Warschau, 5. Februar. (P. A. T.) Das Ministerium des Innern meldet: Von den 100.000 polnischen Gefangenen in Deutschland sind 50.000 bis 60.000 noch nicht zurückgekehrt. Der Rücktransport unserer Kriegsgefangenen wurde Mitte Januar auf Grund einer alle Kriegsgefangenen der früheren russischen Armee betreffenden Verordnung der Entente, die die weitere Freilassung der russischen Gefangenen untersagte, eingestellt. Diese Gefangenen wurden nach der Rückkehr in ihrer Heimat gänzlich ohne Hilfe gelassen oder in die polnisch-sowjetische Armee eingereicht; die Offiziere wurden erschossen. Dank der Bemühungen des Herrn Rose, der gegenwärtig in der dänischen Gesandtschaft tätig

ist, erhält die deutsche Regierung die Erklärung der Entente, daß die Verordnung nur die russischen Gefangenen betreffe. Der Abtransport der polnischen Gefangenen wurde darauf sofort wieder aufgenommen.

Ausschreitungen gegen Juden.

Krakau, 5. Februar. (P. A. T.) Die „Nowa Reforma“ meldet aus Wieliczka: Unlänglich der Nekruenaushebung für das polnische Heer kam es zu Ausschreitungen seines der Nekruten gegen die dortige jüdische Bevölkerung. Von 40 zur Gestellung verpflichteten Juden hatten sich kaum einige gemeldet. Auf die Anfrage, warum sie sich nicht stellen wollten, antworteten sie, daß sie neutral seien. Dieses Verhalten der Juden bei der Nekrurierung rief derartige Erbitterung unter der Bevölkerung hervor, daß man sich auf die jüdischen Läden fürte und einige vollständig zerstörte. Opfer an Menschenleben waren nicht zu beklagen.

Belagerungszustand in Thorn.

Thorn, 5. Februar. (P. A. T.) Die „Nowa Reforma“ meldet aus Wieliczka: Unlänglich der Nekrurierung für das polnische Heer kam es zu Ausschreitungen seines der Nekruten gegen die dortige jüdische Bevölkerung. Von 40 zur Gestellung verpflichteten Juden hatten sich kaum einige gemeldet. Auf die Anfrage, warum sie sich nicht stellen wollten, antworteten sie, daß sie neutral seien. Dieses Verhalten der Juden bei der Nekrurierung rief derartige Erbitterung unter der Bevölkerung hervor, daß man sich auf die jüdischen Läden fürte und einige vollständig zerstörte. Opfer an Menschenleben waren nicht zu beklagen.

Thorn, 5. Februar. (P. A. T.) Die Gründe, die zur Verhängung des Belagerungszustandes geführt haben, sind folgend: Am 30. Januar wurden der Unterzahlmeister Andlicki und Nachla unter der Anschuldigung der Spionage verhaftet. Bei Haussuchungen wurde eine Menge Material vorgefunden, das die polnischen Einwohner Thorns belastet. Bisher wurden 8 Personen wegen Landesverrat verhaftet.

Verantwortlicher Herausgeber und Schriftleiter:
S. G. Strelle, Krakau

Thalia - Theater

Donnerstag, den 6. Februar 1919.

Abends 7 Uhr.

Die Reise um die Erde in 40 Tagen

Großes Ausstattungstheater in 11 Bildern nach Jules Verne, von Walter Wassermann.

Freitag, den 7. Februar 1919.

Die Reise um die Erde in 40 Tagen

Großes Ausstattungstheater in 11 Bildern mit Tanz und Gesang nach Jules Verne, von Walter Wassermann.

Sonntag, den 8. Februar 1919.

Nachmittags 3 Uhr.

Zum letzten Male!

5 Eintrittspreise: Mk. 3, 2, 1,50, 1,00, 50 Pf.

„Das Dreimäderhaus“

Operette in 3 Akten von Willner und Neher. Musik von Franz Schubert.

Wiederholung täglich.

203

Die beste Kaufquelle von gestern!

Wollene und halbwollene für Blumen, Damen-Kostüme, Herren-Kostüme, auch vom Stoff, zu Konturenpreisen, empfohlen.

L. Mühl & Co., Zielonastr. 16, Parterre.

Ein einstöckiges gemauertes

Haus

zu verkaufen. Näheres beim

Wirt in Dombrunnen, Dolina

474

komplette Etagen im

Wöbel

(Ecke) sind umzugsfertig zu ver-

kaufen. Näheres beim

Wirt in Dombrunnen, Dolina

474

Strasse 107, Wohnung Nr. 24.

Zurück nach Dombrunnen, Dolina

474

Strasse 107, Wohnung Nr. 24.

Zurück nach Dombrunnen, Dolina